

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank an alle Beteiligten für die Mühe und Arbeit, die Sie in den Haushaltsplan stecken. Im Folgenden werden wir Ihnen darlegen, welche Ansprüche NT14 an einen generationengerechten Haushaltsentwurf hat und welche Herausforderungen Priorität haben. Daraus folgend stellt sich für uns auch die Frage der METHODIK.

Im Haushaltsplan-Entwurf erarbeitet die Verwaltung eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für die Stadt Nürtingen, als Vorschlag für das nächste Jahr und darüber hinaus.

Wie gesagt, es ist ein Entwurf, den wir als Vorschlag verstehen. Es ist leider aber auch ein sehr enges Korsett. Angesichts der vielen von meinen Vorrednern bereits genannten Aufgaben und der seitens der GWN in der letzten Sitzung aufgezeigten Sanierungsaufgaben, sollten wir uns dringend überlegen, was noch umsetzbar bleibt und wir uns mehr Spielräume zum Erhalt der Handlungsfähigkeit verschaffen. Die Fraktionen im Gemeinderat haben jetzt die Aufgabe, sich mit dem Zahlenwerk zu beschäftigen und Fragen zu stellen:

1. Sind die Zahlen plausibel? Dazu vergleichen wir die Zahlen aus der Vergangenheit mit dem Entwurf für die Zukunft.
2. Sind alle Aufgaben einer Stadtverwaltung erfasst? Dazu fragen wir uns, ob dieser Plan wirklich alle Aufgaben und in welcher Art und Weise widerspiegelt.

Stellen wir uns die 1. Frage: Sind die Zahlen plausibel?

Ein Blick in die Abrechnung der Jahre zuvor zeigt Auffälligkeiten:

- Zwischen Planung und Abrechnung liegt bei Sach- und Dienstleistungen in den vergangenen Jahren meist eine Abweichung von mehreren Millionen Euro, z.B. 2022 ca. 6 Mio €.
- Zwischen Planung und Umsetzungen liegen vergleichbare Abweichungen vor. Zum Beispiel wurden geplante Straßensanierungen nicht umgesetzt. Verschiebung im Haushalt 1,1 Mio €.
- Über Planfortschreibungen und deren Kostenveränderungen wird der Gemeinderat nicht informiert. Alternative Lösungsmöglichkeiten werden nicht untersucht oder in Betracht gezogen (Beispiel, Retentionsraum Millot Ansatz 600.000-900.000, 1.1 Mio. nun 2.1 Mio. €)
- Unzureichende Kostenschätzungen für geplante Bauvorhaben, z.B. sind die angesetzten Erschließungskosten für die östliche Bahnstadt bis heute nicht plausibel abgebildet und die daraus resultierende Belastung für den laufenden Haushalt der Stadt in kommenden Jahren nicht absehbar.
- Auch Kreisumlage und zusätzliche Kosten bei laufenden Vorhaben sind noch zu beachten.



Nun zu Punkt 2. Sind im Haushalt alle Aufgaben und in welcher Art und Weise erfasst?

Im Haushalt findet sich zu wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen weder ein angemessener Etat noch besteht die Bereitschaft, durch klimaangepasste Planungen deutliche Verbesserungen zu erzielen. Das Thema Klimawandel oder Anpassung an den Klimawandel erstreckt sich bislang nur auf die Betrachtung des Problems. Die aktive Umsetzung von Maßnahmen in allen Vorhaben findet nicht oder in zu geringem Umfang statt. Um die Zukunft mit all Ihren Herausforderungen (Klimawandel, Migration, Demographischer Wandel, u.a.) zu meistern, bedarf es einer intakten und engagierten Stadtgesellschaft. Wir benötigen das Wissen unserer Stadtgesellschaft und müssen diese als Betroffene und Wissensträger frühzeitig konsultieren. Unser Nürtinger Beteiligungskompass hat einige gute Ansätze. Dieser Kompass muss jedoch auch angewendet und gegebenenfalls angepasst werden.

Derzeit werden von der GWN alle städtischen Gebäude untersucht und bewertet. Der Sanierungsbedarf bei vielen Gebäuden ist schon länger absehbar. Sanierungsbedarf haben auch andere Infrastruktureinrichtungen z.B. Straßen und Sportstätten der Stadt. Notwendige Rücklagen, um diese Aufgaben zu bewältigen, konnten wir in den letzten Jahren nicht erwirtschaften.

Bislang differenziert die Verwaltung im Haushalt nur nach Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen. Eine echte Rückkoppelung zur Aufgabenstellung aus einer Stadtgesellschaft heraus findet bis jetzt nur unzureichend statt. Die Stadtverwaltung erteilt sich selbst Aufgaben und entscheidet über deren Sinnhaftigkeit, wie bei der Aufstockung Hölderlinhaus über den Bedarf hinaus und nun fehlende Mittel zur Sanierung der Schlossbergschule. Mit provisorischen Lösungen wie der Außentreppe an der Schlossbergschule müssen wir wohl auch an anderen Stellen noch rechnen und leben.

Unsere Erkenntnis besteht darin: **Die unzureichende Plausibilität vieler Zahlen und die unzureichende Erfassung aller Aufgaben verlangt es, die Haushaltsplanung und Haushaltsfortschreibung methodisch zu verändern.**

Als guten Ansatz sehen wir daher die Initiative der Stadtkämmerei zur konzeptionellen Veränderung der Haushaltsplanung. Bilanzierung, Budgetierung, klare Aufgabenstrukturen, Verantwortlichkeiten und Zielstellungen definieren, um bei Abweichungen rechtzeitig reagieren zu können. Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis auf die Zielstellung kostengünstiger Wohnraum in der Bahnstadt. Mit dem bisher vorgesehenen Erschließungskonzept kann dies nicht gelingen.

Zur Qualitätssicherung ist ein Qualitätsmanagement-System mit klar definierten Prüfkriterien notwendig, damit eine interne und projektbegleitende Prüfung der monetären und fachlich-funktionalen Zielstellungen erfolgen kann. Damit alle entscheidungserheblichen und abwägungstauglichen Informationen in den Sitzungsunterlagen insbesondere in den Beschlussvorlagen berücksichtigt werden, sind Reifegrade zu definieren und natürlich auch die Folgekosten zu betrachten. Auch wenn dies lästig ist, wir werden an diesem Thema weiterarbeiten, zumal es hierzu auch einen Beschluss gibt. Gegebenenfalls müssen hierzu erforderliche Kooperations- und Konsultationskompetenzen in der Verwaltung verbessert oder noch aufgebaut werden.

Genauer zu betrachten und in verschiedenen Bereichen auszubauen sind auch die Deckungsbeitragsrechnungen. Zur Erläuterung: Der Deckungsbeitrag beschreibt den Prozentsatz der Ausgaben, der durch Einnahmen im Bereich gedeckt wird. Entgegen den Ausführungen der Stadtverwaltung sind wir der Ansicht, dies ist leicht zu ermitteln und ein unverzichtbares Maß dafür, ob ein Bereich besser oder schlechter wird. Deckungsbeitragsrechnungen können zur Sicherstellung der Aufgaben, wie auch in Bezug auf die Sicherstellung einer nicht zu hohen Belastung der BürgerInnen und Ein-

wohnerInnen sehr hilfreich sein. Die Musikschule hat hier bereits vor einigen Jahren die Potentiale aufgezeigt, ohne Beschwerden von den Nutzern.

Bei der Betrachtung der Einnahmen durch die Niederschlagswassergebühren der vergangenen Jahre ist festzustellen, dass diese über die Jahre in der Höhe wie auch dem Gebührensatz reduziert wurden. Umgerechnet auf die Abflussmengen bei einem 15 minütigen Ereignis konnte die Abflussmenge in den letzten 8 Jahren um ca. die Hälfte reduziert werden. Über 50.000 cbm können dadurch, bei vergleichsweise geringer Belastung, Reduzierung der Einnahmen aus der Gebühr, wieder dem Naturhaushalt zur Verfügung gestellt werden. Und dies nur von den privaten Flächen ohne die Verkehrsflächen. Perspektivisch wäre es sicherlich besser, wenn wir ca. 50% der Einnahmen aus der gesplitteten Niederschlagswassergebühr dafür verwenden, um Wasser in der Landschaft zurückzuhalten. Kostengünstige Möglichkeiten, welche schnell wirksam sind, würde es genügend geben. Das wir in diesen Zeiten noch vorsehen über 60 Millionen für das schnelle Ableiten von Oberflächenabflüssen ausgeben, mit Maßnahmen welche sicherlich keine gute CO2 Bilanz haben ist wenig zukunftsweisend und Aussagen wie von Frau De Haas vom RP in Stuttgart, dass 4 Mio. cbm Rückhaltevolumen für den HWS in Nürtingen nicht wirksam wären, mehr als unglücklich.

Die seit langem geltenden gesetzlichen Vorschriften zur Barrierefreiheit, Regenwasserrückhaltung wie auch zum Retentionsraumausgleich werden nicht durchgängig eingehalten. Derartige Verstöße gegen geltendes Recht werden nur deshalb nicht weiter beachtet, weil noch niemand die Stadt verklagt hat. Hier steht eine Aufgabe für das Haupt- und Rechtsamt im Raum, zu dessen Aufgaben laut Stellenbeschreibung die „Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung“ gehört. Die entsprechenden Durchgriffsmöglichkeiten sind derzeit nicht vorhanden und müssen schnellstens etabliert werden. So wurde über den erforderlichen Retentionsraumausgleich für die bahnparallelen Trasse, der aufgrund der möglichen alternativen Trassenführung notwendig ist, bisher noch nicht informiert. Dieser Retentionsraum muss berechnet und auch ausgeglichen werden.

Angesichts der in den nächsten Jahren sich prekär entwickelnden Haushaltslage verzichtet NT14 auf Haushaltsanträge. Durch stetig steigende Personalausgaben, zusätzliche Aufgaben und steigende Belastungen durch Zinsen und Tilgung wird es immer schwieriger, die erforderlichen Abschreibungen wie auch Überschüsse im Ergebnishaushalt zum Erhalt oder zur Sanierung von städtischen Einrichtungen zu erwirtschaften. Wir möchten uns im nächsten Haushaltsjahr dafür einsetzen, dass wir künftig einen besseren Weg zu einem generationengerechten Haushalt unter Berücksichtigung der Vorgaben zur Haushaltswahrheit, Klarheit und Genauigkeit beschreiten. Um dies zu erreichen, sollten wir auch die vom Amt für Revision ausgearbeiteten Empfehlungen und Vorgaben berücksichtigen, diese im Gremium nicht nur durchwinken, sondern auch öffentlich darüber beraten, wie diese Empfehlungen als Vorgaben künftig berücksichtigt und umgesetzt werden. Weiterhin möchten wir dazu beitragen, die Kosten bei verschiedenen Investitionstätigkeiten durch bessere und nachhaltige Lösungsansätze zu reduzieren.

In Rahmen der Haushaltsberatungen werden meist nur die finanziellen Spielräume und Rahmen beraten, die uns als Stadt zur Verfügung stehen. Wir bemühen uns, die Aufgaben zu priorisieren und Möglichkeiten zu erarbeiten wie künftig Verbesserungen erzielt werden können. Bei der Diskussion um einen generationengerechten Haushalt wird bisher nur die monetäre Seite betrachtet. Wir möchten darauf hinweisen, dass es dringend geboten ist, auch die Ressource Boden, Arbeit und Umwelt in den Fokus zu nehmen. Das Ausmaß der Klimaveränderungen und der Umweltbeeinträchtigungen sollte inzwischen jedem klar sein. In welcher Weise sich dieser sehr trockene Herbst in der Land- und Forstwirtschaft auswirken wird, können wir vielleicht erst im nächsten Frühjahr oder Sommer erkennen. Die Wasserstände in den Flüssen und Bächen, z.B. auch im Tiefenbach,

sind nicht erfreulich. Es muss in den kommenden Jahren unser Ziel sein, für den aktiven Klima- und Umweltschutz deutlich mehr zu tun als bisher. Hier darf sich unser Handeln nicht nur in der Erstellung von teuren Konzepten erschöpfen. Nein, unser Handeln müssen kostengünstige, nachhaltige und schnell wirksamen Maßnahmen sein.

Wir hoffen in dieser Sache sehr auf Ihre Unterstützung und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit für die Zukunft unserer Stadtgesellschaft.

Bei der Vielzahl an Aufgaben und Vorhaben, welche unsere Stadt belasten dürfen wir nicht sparsam mit der Wahrheit umgehen (Andreas Rebers), sondern mit dem Geld der Bürger.

Für die Fraktion NT 14

Peter Lohse
(Fraktionsvorsitzender)

Raimund Braun
(stellv. Fraktionsvorsitzender)